



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

14. Juni 2019

Wochenbericht KW 24

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 25 % bzw. 24 %, SPD bei 12 % Grüne bei 27 %, AfD bei 13 % bzw. 12 %
----------------	--

Problemlösungskompetenz:	Grüne vor der Union
--------------------------	---------------------

Politische Aufgaben:	Umwelt-/Klimaschutz und Bildungspolitik am wichtigsten Handlungsbedarf wird besonders bei bezahlbarem Wohnraum gesehen
----------------------	---

Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land negativ Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, aber deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen
------------------------	--

Thema Bundesregierung:	Umwelt- und Klimapolitik
------------------------	--------------------------

Wichtigste Themen:	Umweltpolitik/-schutz Klimawandel, globale Erwärmung, CO ₂ -Ausstoß
--------------------	---

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	24 (-2)	25 (-2)
SPD	12 (-)	12 (-)
FDP	8 (-)	8 (-)
DIE LINKE	8 (+1)	8 (+1)
B'90/Grüne	27 (-)	27 (-)
AfD	12 (+1)	13 (+1)
Sonstige	9 (-)	7 (-)
Erhebungszeitraum	03.-07.06.	06.-12.06.

Die Union liegt bei Emnid 13 (-2) und bei forsa 12 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Grünen sind bei forsa und bei Emnid in dieser Woche stärkste Partei.

Die Union liegt bei forsa bei 24 %. Dies ist der niedrigste von diesem Institut gemessene Wert seit Beginn der uns vorliegenden Zeitreihe im Jahre 1998.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	19 (-2)
Scholz	28 (+2)
Erhebungszeitraum	03.-07.06.

Annegret Kramp-Karrenbauer verliert auch in dieser Woche an Zustimmung; sie liegt bei der Kanzlerpräferenz neun Prozentpunkte (-4) hinter Olaf Scholz.

43 % (-3) der CDU/CSU-Anhänger sprechen sich für Kramp-Karrenbauer und 19 % (+2) für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 60 % (+3) Scholz und 12 % (+2) Kramp-Karrenbauer und von den Anhängern der Grünen 36 % Scholz und 14 % Kramp-Karrenbauer.

Wäre Robert Habeck Kanzlerkandidat, würden sich 34 % der Wahlberechtigten für ihn entscheiden und 21 % für Annegret Kramp-Karrenbauer.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (16.06.2019)

Problemlösungskompetenz

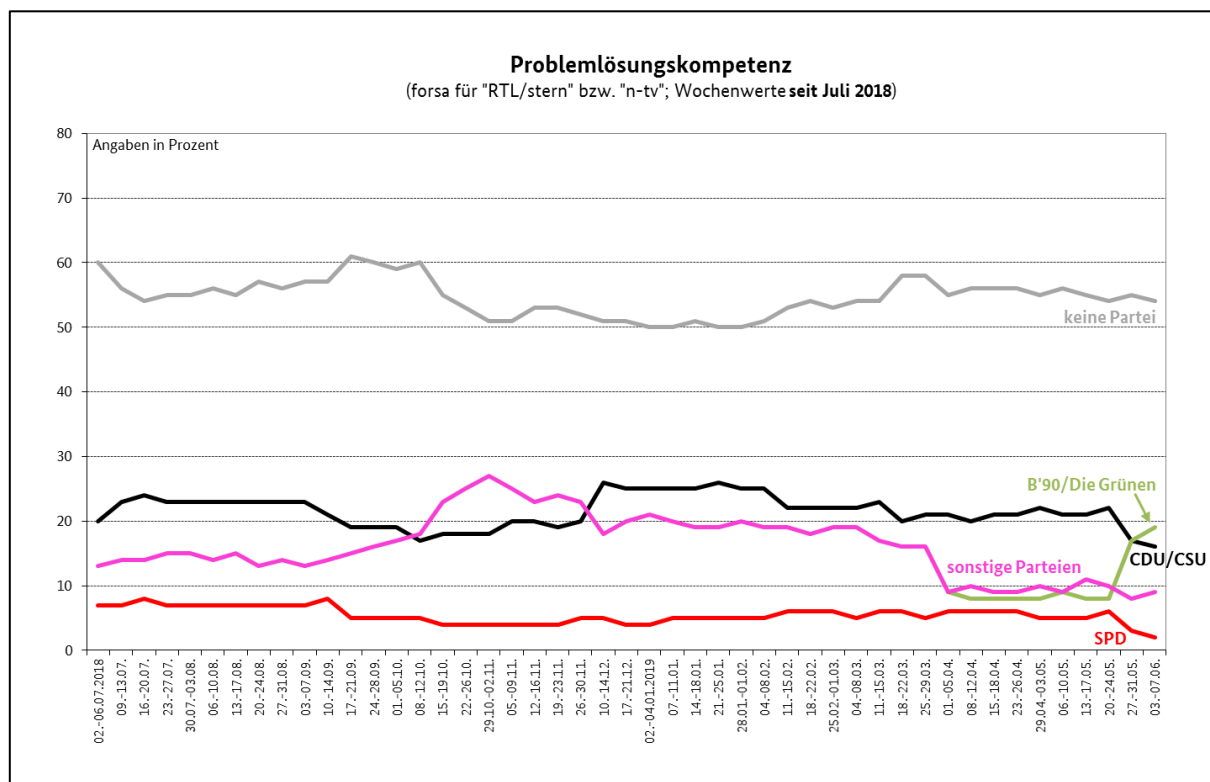
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	16	(-1)
SPD	2	(-1)
Grüne	19	(+2)
sonstige Parteien	9	(+1)
keine Partei	54	(-1)
Erhebungszeitraum	03.-07.06.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, gewinnen die Grünen nochmals dazu (+2 Prozentpunkte) und liegen nun vor der Union.

Der Wert von 16 % für die Union ist der niedrigste seit Oktober 2011.

54 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Juni 2019

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Mai 2019

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	69 (+1)	26 (-1)	4 (+1)	1 (-)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	68 (-5)	30 (+4)	2 (+1)	0 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	66 (+3)	30 (-3)	3 (-)	1 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	62 (-8)	33 (+5)	5 (+3)	0 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	57 (-1)	39 (+2)	4 (+1)	1 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	56 (-4)	37 (+4)	6 (+2)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	52 (-)	42 (-)	5 (-)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	49 (-)	40 (-1)	7 (-)	2 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	49 (-1)	40 (-1)	8 (+1)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	45 (-)	43 (+1)	9 (-2)	2 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (+2)	41 (+2)	11 (-3)	3 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	39 (-)	43 (-1)	14 (+2)	3 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	37 (+4)	44 (-5)	13 (+2)	5 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	36 (-3)	51 (+4)	12 (-)	1 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36 (+1)	48 (+2)	15 (-)	1 (-3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36 (-1)	44 (-)	13 (+1)	6 (+1)
neue Technologien fördern	35 (+4)	48 (-3)	14 (-1)	1 (-2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	31 (-4)	50 (-1)	15 (+4)	2 (-1)
Staatsschulden begrenzen	30 (+9)	46 (-8)	20 (+1)	3 (-2)
Verbraucherschutz stärken	26 (+4)	57 (-)	14 (-3)	2 (-2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	22 (-)	54 (+1)	18 (-1)	4 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	21 (+2)	55 (+1)	19 (-)	3 (-2)
Erhebungszeitraum	05.-11.06.			

Der Umwelt- und Klimaschutz ist erstmals seit Erhebungsbeginn im März 2006 die wichtigste politische Aufgabe. Sie wird überdurchschnittlich häufig von unter 30-Jährigen (82 %) sowie von Anhängern der Grünen (87 %) und der SPD (76 %) als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (76 % zu 61 %). Hingegen halten 30- bis 39-Jährige (62 %) und über 60-Jährige (63 %) sowie Anhänger der AfD (32 %), der FDP (50 %) und der Union (62 %) den Umwelt- und Klimaschutz unterdurchschnittlich oft für sehr wichtig.

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Juni 2019

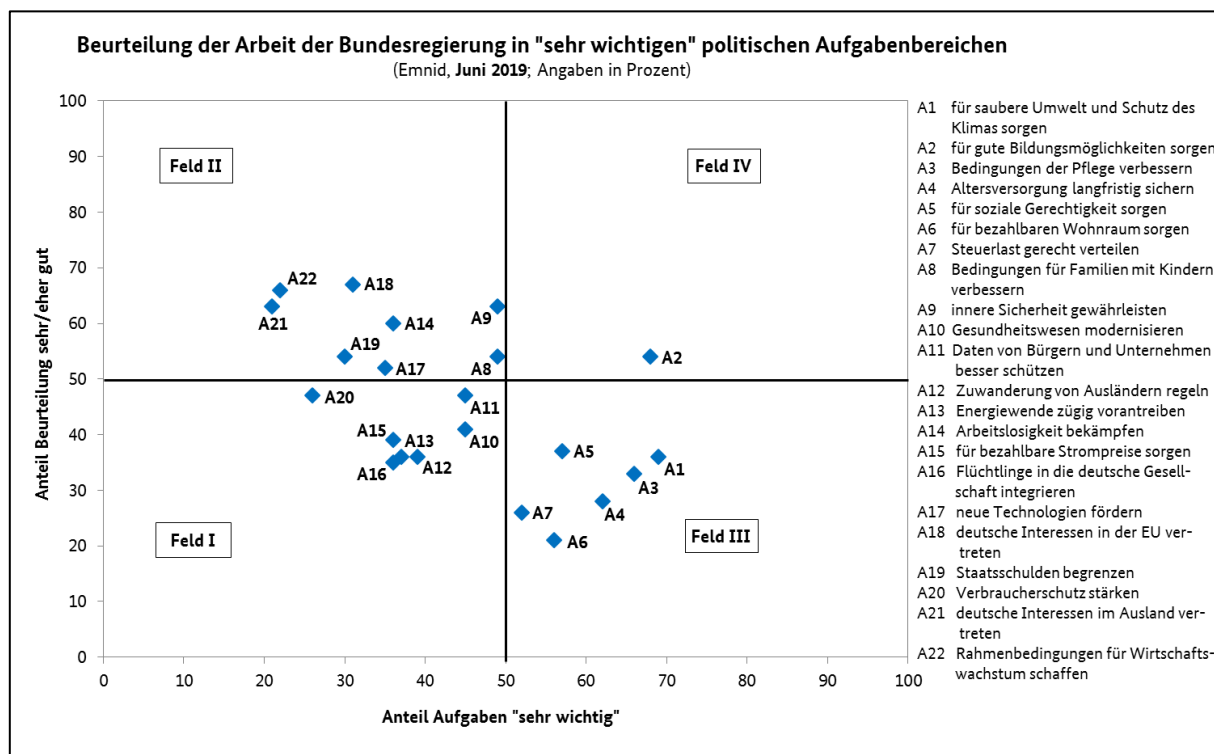
Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Mai 2019

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	67 (+3)	25 (-3)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	66 (+1)	27 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	63 (-4)	28 (+4)
innere Sicherheit gewährleisten	63 (-2)	33 (+3)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	60 (-3)	34 (-)
Staatsschulden begrenzen	54 (+2)	37 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	54 (-)	38 (-4)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	54 (+4)	43 (-3)
neue Technologien fördern	52 (-3)	42 (+5)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	47 (+2)	44 (-3)
Verbraucherschutz stärken	47 (-5)	46 (+5)
Gesundheitswesen modernisieren	41 (-2)	54 (+3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	39 (-5)	53 (+2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	37 (-2)	59 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	36 (-)	58 (-2)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	36 (-4)	60 (+3)
Energiewende zügig vorantreiben	36 (-4)	61 (+6)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	35 (+2)	58 (-4)
Bedingungen der Pflege verbessern	33 (+1)	63 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	28 (+1)	67 (-2)
Steuerlast gerecht verteilen	26 (+2)	69 (-1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	21 (+1)	74 (-3)
Erhebungszeitraum	05.-11.06.	

Lediglich in 9 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Vertretung deutscher Interessen in der EU (67 %) und im Ausland (66 %).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im Juni 2019

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem im Aufgabenbereich „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (A6), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A7), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A4), im Aufgabenbereich „die Bedingungen der Pflege verbessern“ (A3), beim Umwelt- und Klimaschutz (A1) und im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A5).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist; in diesem Monat erneut lediglich die Bildungspolitik (A2).

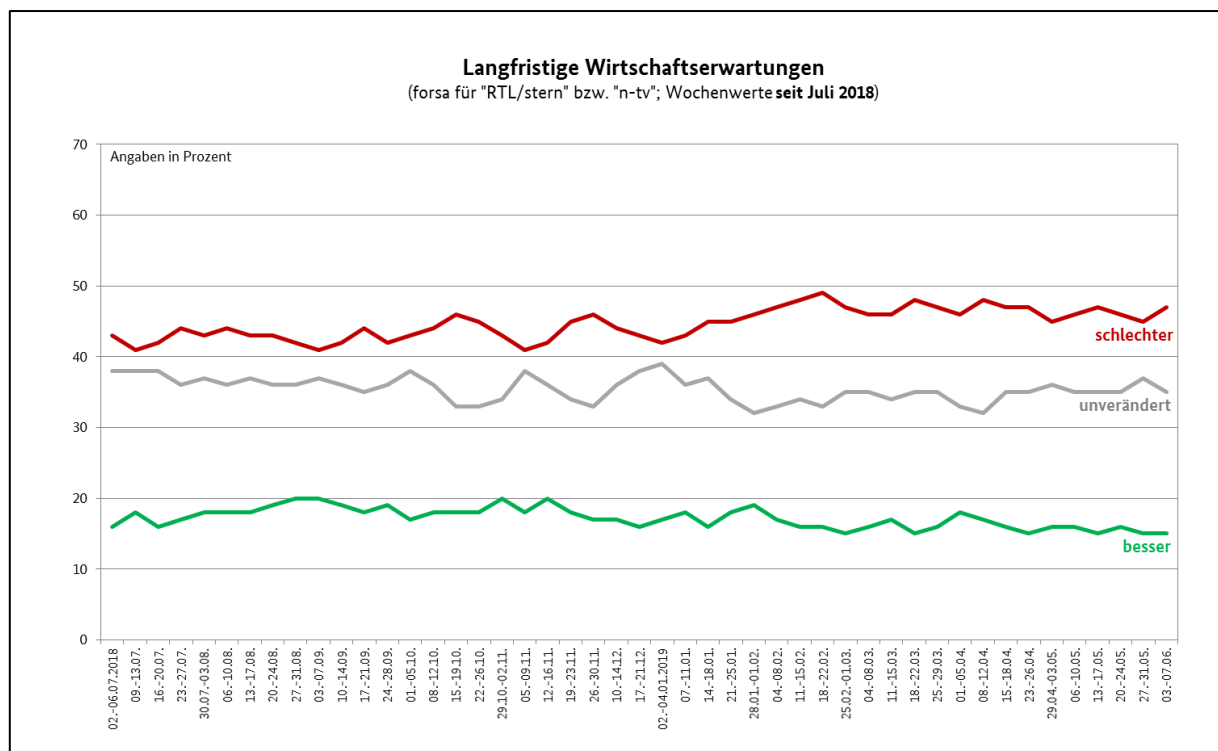
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	15	(-)
schlechter	47	(+2)
unverändert	35	(-2)
Erhebungszeitraum	03.-07.06.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 32 (+2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



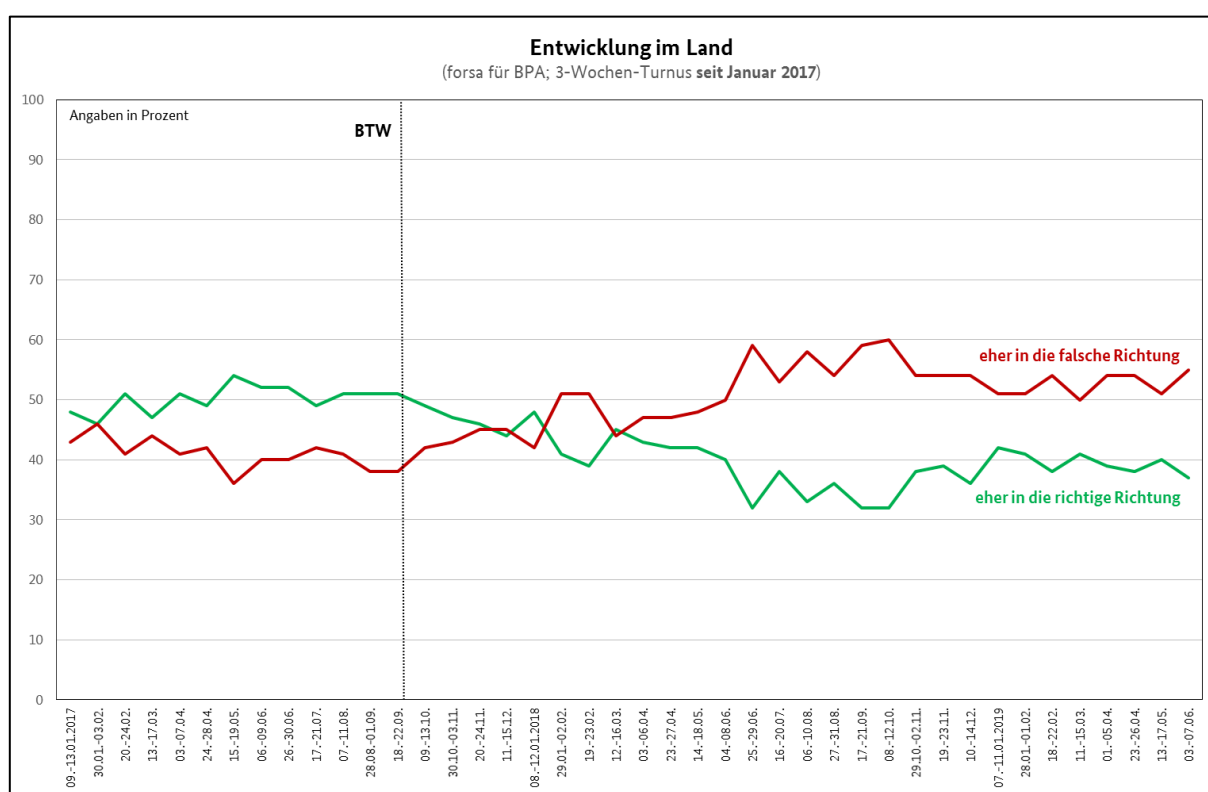
Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	37 (-3)
eher in die falsche Richtung	55 (+4)
Erhebungszeitraum	03.-07.06.

Unter 30-Jährige (42 %), Anhänger der Union (52 %) und der SPD (45 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Dieser Meinung sind Personen mit hoher formaler Bildung als Personen mit einfacher formaler Bildung (42 % zu 25 %).

Für 45- bis 59-Jährige (61 %), Ostdeutsche und Mittelverdiener (jew. 60 %) sowie Anhänger der AfD (88 %) und der FDP (62 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität in Deutschland	86 (-)	14 (-)
Lage am Arbeitsmarkt	68 (-2)	26 (+1)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	54 (-1)	44 (-)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	40 (-)	51 (-1)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	34 (+3)	61 (-2)
Schul- und Bildungssystem in Deutschland	33 (-6)	63 (+5)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	32 (+1)	65 (-1)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	31 (-1)	67 (+2)
Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	30 (+1)	68 (-1)
Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland	19 (-2)	76 (+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.06.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %), der Lage am Arbeitsmarkt (68 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (54 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sieben von zehn Bereichen ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

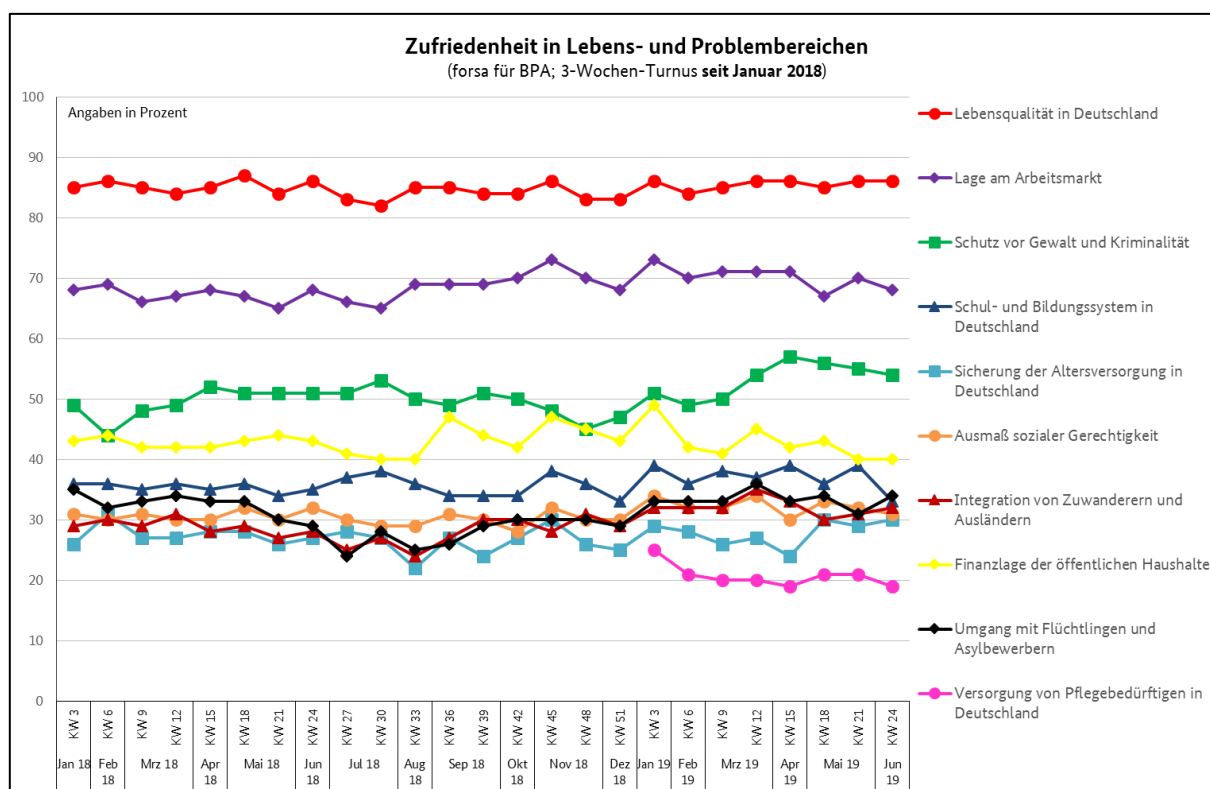
Anhänger der Grünen (63 %), der Linkspartei (61 %) und der SPD (60 %) sind überdurchschnittlich häufig (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (64 % zu 47 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (64 % zu 41 %) und Gutverdiener häufiger als Gering- bzw. Mittelverdiener (62 % zu 46 %). Ostdeutsche (52 %) und Anhänger der AfD (77 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Ostdeutsche (76 %) und 45- bis 59-Jährige (68 %) sowie Anhänger der Linkspartei (81 %) und der AfD (79 %) sind besonders oft unzufrieden mit dem Schul- und Bildungssystem.

Ostdeutsche (75 %) und Anhänger der Linkspartei (85 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit, Frauen häufiger als Männer (72 % zu 61 %), über 45-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (71 % zu 56 %) und Gering- bzw. Mittelverdiener häufiger als Gutverdiener (74 % zu 63 %).

30- bis 59-Jährige (75 %) und Geringverdiener (73 %) sowie Anhänger der AfD (83 %) und der Linkspartei (74 %) sind besonders oft unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung.

Anhänger der Linkspartei (87 %) und der Grünen (81 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit der Versorgung von Pflegebedürftigen.

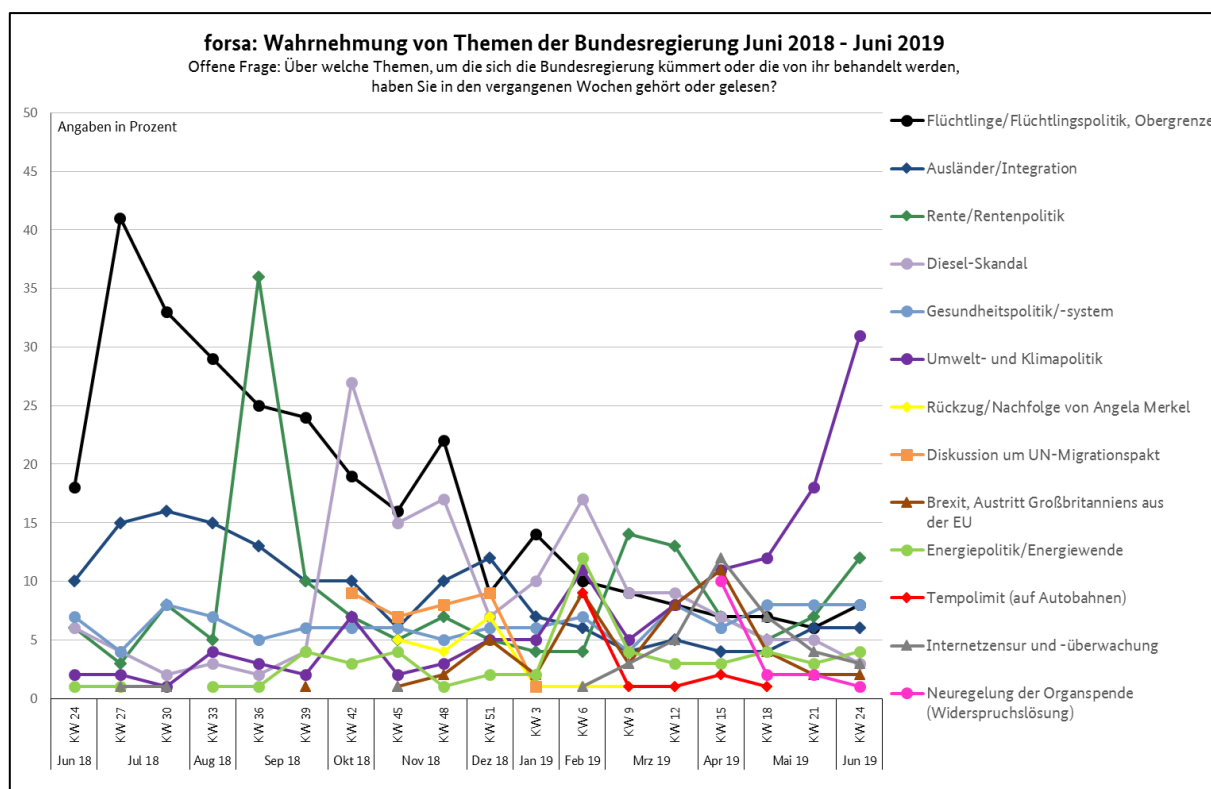


Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	forsa für BPA
Umwelt- und Klimapolitik	31 (+13)
Rente/Rentenpolitik	12 (+5)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	8 (+2)
Gesundheitspolitik/-system	8 (-)
Ausländer/Integration	6 (-)
Energiepolitik/Energiewende	4 (+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.06.

Die Umwelt- und Klimapolitik ist das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Überdurchschnittlich häufig wird es von Anhängern der FDP (42 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (37 % zu 24 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (36 % zu 21 %).



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Umweltpolitik/-schutz	13 (-2)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO ₂ -Ausstoß	13 (-3)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	10 (+4)
Europawahl	6 (-5)
Gegenwärtige Politik, Parteien und Politiker in Deutschland allgemein	6 (+6)
Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente	5 (+1)
Erhebungszeitraum	11.-12.06.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der Umweltpolitik bzw. dem Umweltschutz und dem Klimawandel.

Anhänger der SPD und der Grünen (jew. 19 %) nennen den Klimawandel überdurchschnittlich häufig.

Anhänger der AfD (34 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen" besonders oft.

